



Mittelstreckenraketen

Das Merz - Klingbeil - Regime plant die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen - und macht damit die BRD zum Ziel eines möglichen Gegen-schlages. Die Friedensbewegung sagt: **NEIN!** Demo gegen die Raketen am 30. Mai in Wiesbaden

Seite 3

Solidarität mit Kuba

Die Karibikinsel, die weltweit Ärzte in Kriesengebiete schickt, befindet sich im Würgegriff des Yankee - Imperialismus. Der Parteivorstand der DKP ruft zur Solidarität mit Kuba auf ...

Seite 5

Aktuelles Thema

Beratung zur Kriegs-dienstverweigerung

Seit Anfang 2026 gilt in Deutschland das "Wehrdienst-Modernisierungsgesetz" - (noch) keine allgemeine Wehrpflicht wie bis 2011, aber sicher eine Vorbereitung darauf. Wer schon jetzt ganz praktisch gegen eine künftige Einberufung zum Kriegsdienst Vorsorge treffen möchte, kann sich bei uns entsprechend beraten lassen ...

Seite 4

DAS ROTE TAGBLATT

2/2026

Zeitung der DKP-Darmstadt-Dieburg-Bergstraße



(Gewerkschaft & Friedensdemo. Quelle: ver.di)

Zum DGB-Aufruf zum 1. Mai

Streikfähig statt kriegstüchtig

Der Aufruf des DGB zum 1. Mai "Erst unsere Jobs, dann eure Profite!" benennt viele der Probleme, die Beschäftigte aktuell umtreiben: Angst vor Arbeitsplatzverlust, steigende Preise und Lebenshaltungskosten, Angriffe auf Arbeitszeiten, Druck auf Renten und das Gesundheitssystem. Diese Themen treffen die Realität in den Betrieben. Auch einzelne Forderungen - etwa die Verteidigung des Achtstundentags und eine Gesundheitsversorgung unabhängig vom Geldbeutel - gehen in die richtige Richtung. Doch so richtig viele Punkte sind, so wenig ergibt sich daraus eine klare politische Linie und Strategie für die Abwehrkämpfe.

Hier liegt die zentrale Schwäche des DGB-Aufrufs. Er bleibt bei der Beschreibung von Problemen stehen und blendet entscheidende Ursachen aus. Die Frage "Wo sind die Milliarden?" wird nicht gestellt. Dabei zeigt gerade die aktuelle Debatte um das sogenannte Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität und seine Verwendung, wie politische Prioritäten gesetzt werden: Für Aufrüstung, Waffenexporte in Kriegsgebiete und militärische Infrastruktur werden in kürzester

Zeit enorme Summen mobilisiert. Für soziale Sicherheit, öffentliche Daseinsvorsorge und gute Arbeitsbedingungen ist angeblich kein Geld da. Die Kritik daran wächst auch unter Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, aber im DGB-Aufruf bleibt sie ausgespart. Dabei ist klar: Ohne eine klare Absage an Hochrüstung und Kriegspolitik wird es keine Erfolge in sozialen Kämpfen geben.

Auch die Forderung, "Arbeitgeber" müssten "Verantwortung übernehmen", greift zu kurz. Die Erfahrung der Arbeiterbewegung ist eine andere: Fortschritte wurden nie gewährt, sondern immer erkämpft. Ob Arbeitszeitverkürzung, Mitbestimmung oder soziale Sicherung - nichts davon fiel vom Himmel. Appelle an die Einsicht der Kapitaleseite ersetzen keine Strategie. Wer Verbesserungen durchsetzen will, muss auf kollektive Stärke, Organisation und Streikfähigkeit setzen. "Streikfähig statt kriegstüchtig", die Lösung der DKP zum 1. Mai, wäre die logische Reaktion auf den derzeitigen Generalangriff auf die sozialen Leistungssysteme und den Abbau von Arbeitsrechten.

Problematisch ist auch die wiederkehrende Orientierung auf den "Standort". Wenn Unternehmen aufgefordert werden, sich zu ihm zu bekennen, wird die Logik der Konkurrenz zwischen Belegschaften übernommen. Das schwächt Solidarität, statt sie zu stärken. Gewerkschaftliche Politik sollte nicht Standortinteressen verteidigen, sondern die Interessen der Beschäftigten - unabhängig davon, wo produziert wird.

Die politischen Verantwortlichkeiten sind im Mai-Aufruf des DGB weitgehend ausgeblendet. Gerade die SPD, die sich immer noch als Partner der Gewerkschaften versteht, ist mitverantwortlich für die heutigen Missstände - von Sozialreformen bis zur aktuellen Aufrüstungspolitik. Wenn Kritik glaubwürdig sein will, darf sie diese Rolle nicht verschweigen.

In vielen Betrieben wachsen Unsicherheit und Unzufriedenheit, dies gilt es aufzugreifen und Aktionen und Widerstand gegen die Kahlschlagpolitik zu organisieren. Ja, es lohnt sich, am 1. Mai auf die Straße zu gehen. Wo Forderungen offenbleiben, müssen sie von unten zugespitzt werden. Die Mai-Demonstrationen bieten die Gelegenheit, Druck zu entwickeln, Positionen zu klären und gemeinsame Stärke sichtbar zu machen. Stärke, die wir in kommenden Abwehrkämpfen und in Vorbereitung der anstehenden Tarifrunden brauchen. Wir sagen: Streikfähig statt kriegstüchtig!

[Rainer Perschewski]

Rainer ist Mitglied des DKP-Parteivorstandes und Sekretär für Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der DKP

DIE FABELHAFTE WELT DES WIDERSTANDS



STREIKFÄHIG STATT KRIEGSTÜCHTIG

DKP

Kampf gegen Preis- und Kriegstreiber

Gewerkschaften und Friedensbewegung

Ob in Deutschland, Frankreich, Russland: Hunderte Milliarden werden für Militär rausgeballert. Auf allen Seiten werden die Trommeln gerührt und überschlagen sich die Propagandanachrichten über die angebliche Notwendigkeit der Verteidigung. Es freuen sich Großaktionäre der Rüstungsindustrie. Während zusätzlich noch Steuergeschenke an das Kapital gemacht werden, wird sonst überall der Rotstift angesetzt. In Frankreich gehen Kolleginnen und Kollegen bereits gegen den Generalangriff der dortigen Regierung auf die Masse der Arbeiterklasse auf die Barrikaden. Bei uns will sich die Merz-Klingbeil-Regierung auch mit schnellen Schritten an den Abbau des "Sozialstaats" machen - aus Sicht des Kapitals längst überfällig. In Kommissionen werden Pläne geschmiedet. Führungen der DGB-Gewerkschaften lassen sich im Rahmen einer Burgfriedenspolitik mit einbeziehen. Gerade jetzt müssten die Gewerkschaften alles daran setzen, um konsequent Widerstand vorzubereiten. Schon jetzt müsste in Betrieben Aufklärung betrieben werden, um gegen bevorstehende Angriffe mobilisieren zu können.

Alles für Profite

Das alles passiert vor der weltweit sich anbahnenden kapitalistischen Überproduktionskrise, von der auch die BRD betroffen ist. Vor allem ihre Vorzeigebereiche Automobil-, Chemie- und Maschinenbauindustrie. Der deutsche Kapitalismus befindet sich im Niedergang und verliert gegen internationale Konkurrenz an Boden, Profite und Kapitalakkumulation sind gefährdet. Profite sollen mit Zähnen und Klauen verteidigt werden: durch Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung. Das bedeutet, dass die alte Leier von der Verteidigung des Wirtschaftsstandorts Deutschland gespielt wird. Diese beinhaltet massive Opfer, die von Seiten der Beschäftigten kommen sollen: stagnierende Löhne, steigende Steuern und Sozialabgaben, permanente Leistungs-

verdichtung, verlängerte Lebensarbeitszeit und nun auch noch Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit, eine marode Gesundheitsversorgung, ein lückenhaftes Bildungssystem, verrottende Infrastruktur. Bürgergeldbezieher/innen werden die Leistungen bis unter Existenzminimum unter Androhung weiterer Schikanen gekürzt. Den Rentnerinnen und Rentner wird mit dem Pflichtdienstjahr gedroht. Gleichzeitig dürfen sich Kapitaleigner weiter über Steuergeschenke freuen. Junge Menschen sollen für die Bundeswehr verpflichtet werden und künftig auf Schlachtfeldern für Kapitalinteressen ihr Leben lassen. Kolleginnen und Kollegen aus allen Ländern haben nichts vom Krieg, sondern sie sind allesamt die Verlierer - sowohl in Kriegs- als auch in Friedenszeiten, in denen sie für die Kosten der Aufrüstung zahlen sollen.

Widerstand jetzt vorbereiten!

Daher ist die Vorbereitung von Widerstand notwendig. Die Gewerkschaften mit ihren knapp 6 Millionen Mitgliedern spielen dabei eine zentrale Rolle. Doch ihre Führungen stecken momentan den Kopf in den Sand und hoffen auf sozialpartnerschaftliche Lösungen am Katzentisch mit Regierung und Kapitalvertretern. In Bezug auf Aufrüstung und Kriegspolitik haben sie ihre ablehnende Haltung aufgegeben. Das ist fatal. Doch es gibt auch Kolleginnen und Kollegen an der Basis, die das kritisch sehen. Es wird unsere Aufgabe sein solche kämpferischen Kolleginnen und Kollegen zusammenzubringen, so dass wir gemeinsam eine Strategie für Gegenwehr in die Gewerkschaften und Betriebe tragen können.

Wir - die DKP - sind der Meinung, dass die Gewerkschaften eine Kampagne für Widerstand beginnen müssen. Diese muss aus massenhaftem Info-Material gegen die Sozialabbau-Pläne bestehen, Schulungen und Versammlungen in Betrieben und

Stadtteilen, Aufbau von Aktiven-Strukturen und lokalen Bündnissen, Vorbereitung von Protesten in Städten wie bundesweite Großdemonstrationen, Beginn von Diskussionen über politischen Streik, wie wir ihn gerade in Frankreich gesehen haben.

Der Widerstand muss sich richten gegen:

- jegliche Kürzungen von Sozialleistungen
- kommunale Kürzungsprogramme
- Aufrüstung
- Kürzungen bei der Rente und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit
- Arbeitszeitverlängerung
- Wehrpflicht
- Rüstungskonversion

Es ist wichtig, positive Forderungen zu diskutieren. Hierfür einige unserer Vorschläge:

- **Rente ab 60**
- **Ausbau eines öffentlichen, flächendeckenden und kostenlosen Gesundheitswesens**
- **Ausbau von Schulen, Kitas, Universitäten**
- **Kostenmiete statt Mietwucher, bundesweiter Mietendeckel; Immobilienkonzerne enteignen**
- **Milliardäre sollen zahlen: massive Besteuerung von Gewinnen und großen Vermögen, damit könnten hunderte Milliarden Euro für notwendige Investitionen in Gesundheit, Bildung, Umwelt, Wohnen und Soziales frei gemacht werden.**
- **Erhalt aller Arbeitsplätze in von Job-Abbau bedrohten Betrieben, wer entlässt wird enteignet**
- **drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich**
- **Große Konzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle**
- **Umstellung der Produktion auf ökologisch und gesellschaftlich sinnvolle Produktion unter demokratischer Kontrolle durch Belegschaften und die arbeitende Bevölkerung**

[Walter Busch-Hübenbecker]



Keine Mittelstreckenwaffen, nirgends! Keine "Dark Eagle" und "Tomahawk" in Grafenwöhr, Befehlskommando in Wiesbaden auflösen!



Im Jahr 2024 vereinbarte (ohne jegliche parlamentarische oder gesellschaftliche Debatte) die deutsche mit der US-amerikanischen Regierung die Rückkehr von US-Mittelstreckenwaffen auf deutschen Boden. Nach über 35 Jahren, in denen diese gefährlichen Waffen aus Europa verbannt waren, soll 2026 ihre Stationierung beginnen, voraussichtlich auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr in der bayrischen Oberpfalz. Die Steuerung erfolgt über den Militärstandort Wiesbaden und eine Kommandozentrale im Stadtteil Mainz-Kastel. Über den Einsatz entscheidet der US-Präsident - also derzeit der unberechenbare Donald Trump. Welche Folgen das haben kann, zeigt die Reaktion des Iran auf die US-Bombardierungen: Alle US-Militärbasen in den umliegenden Ländern sind zu Angriffszielen geworden. Wir wollen nicht, dass so etwas auch in Wiesbaden und Grafenwöhr geschieht!

Mittelstreckenwaffen sind Angriffswaffen und erhöhen die Kriegsgefahr. Die Hyperschallrakete "Dark Eagle" kann in ca. 10 Minuten Moskau treffen. Umgekehrt können genauso schnell russische "Oreshnik"-Raketen bei uns einschlagen. Es kann zu Fehlreaktionen kommen, denn bei einem Alarm bleibt keine Zeit für eine überlegte Entscheidung. Außerdem kann der Eindruck entstehen, selbst zuerst zuschlagen und Wiesbaden (als Ort der Kommandozentrale) und Grafenwöhr (als Ort der Stationierung) zerstören zu müssen. Auch wenn die Mittelstreckenwaffen nicht atomar

bestückt werden, erhöhen sie die Gefahr einer Eskalation hin zum Atomkrieg.

Zusätzlich entwickelt die Bundesregierung im ELSA-Projekt mit anderen europäischen Staaten eigene Mittelstreckenwaffen und hat bei den USA weitreichende Tomahawk-Marschflugkörper und dafür geeignete Typhon-Startsysteme bestellt. Ein deutsch-britisches Startup hat vor Kurzem erstmals eine Hyperschallrakete getestet. Diese Aufrüstungsmaßnahmen verstärken die militärischen Spannungen und führen zu einem gefährlichen Wettrüsten.

Wir fordern:

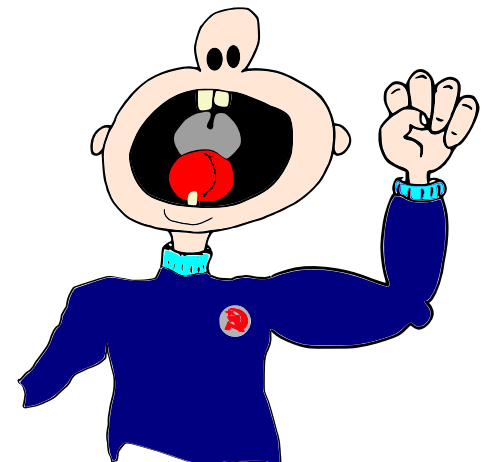
- Die Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu unterbinden.
- Das US-Raketenebefehlskommando in Mainz-Kastel ersatzlos abzuziehen.
- Das Projekt zur Entwicklung eigener europäischer Mittelstreckenwaffen (ELSA) zu stoppen und keine eigenen Hyperschallraketen zu entwickeln.
- Keine Tomahawk-Marschflugkörper und Abschussrampen von den USA zu erwerben.
- Verhandlungen über Rüstungskontrolle zu führen, um ein multilaterales Folgeabkommen zum INF-Vertrag, der von 1988 bis 2019 Mittelstreckenraketen in Europa verboten hat, und



dadurch auch einen Abzug russischer Mittelstreckenwaffen wie der "Oreshnik" zu erreichen.

- Die allgemeine gesellschaftliche Militarisierung und die Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs zu stoppen.
- Kriege und Konflikte diplomatisch statt militärisch zu lösen.
- Weltweit für eine sichere und friedliche Zukunft einzutreten und dabei auch mit den Staaten zusammenzuarbeiten, zu denen westliche Länder in machtpolitischer und/oder wirtschaftlicher Konkurrenz stehen.

Wir richten unsere Forderungen an alle zuständigen Entscheidungsträger auf kommunaler, EU-, Landes- und Bundesebene. Wir rufen deshalb zu einer zeitgleichen **Demonstration** in Grafenwöhr und **Wiesbaden** am **Samstag, den 30. Mai** auf: Treffpunkt in Grafenwöhr um 13:00 Uhr, Stadtpark, in **Wiesbaden** um 12:30 Uhr, **Hauptbahnhof**.



Raketen raus!



Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.

Informieren ist wichtig, Beratung sinnvoll

Seit Anfang 2026 gilt in Deutschland das "Wehrdienst-Modernisierungsgesetz" - (noch) keine allgemeine Wehrpflicht wie bis 2011, aber sicher eine Vorbereitung darauf. Der Verteidigungsminister fordert, dass Deutschland bis 2029 "kriegstüchtig" werden soll. Das wird ohne ausreichend Kanonenfutter nicht funktionieren.

Die Frage "möchte ich zukünftig als Soldat an die Front gehen?" stellt sich für Jugendliche damit wieder recht aktuell. Höchste Zeit darüber nachzudenken - und was ist, wenn ich diese Frage mit NEIN beantworte?

Die DKP sagt ausdrücklich: Nein zu einem neuen Krieg und Nein zum Kriegsdienst. Das bedeutet auch: wer schon jetzt ganz praktisch gegen eine zukünftige Einberufung zum Kriegsdienst Vorsorge treffen möchte, kann sich bei uns entsprechend beraten lassen.

Kurze Mail an kdv@dkp-darmstadt.de schreiben. Unser Team berät Menschen aus der Stadt Darmstadt, den Landkreisen Darmstadt-Dieburg, Odenwald und Bergstraße. Telefonnummer nicht vergessen, wir setzen uns dann mit Dir in Verbindung.

Hier einige wichtige Hinweise:

1. Antrag schreiben

Den Antrag stellst du schriftlich an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr. Er besteht aus Folgendem:

Ein formloses Schreiben.

Formulierungshilfe: "**Hiermit beantrage ich die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gemäß Art. 4 Abs. 3 Grundgesetz. Ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, an einem Kriegsdienst mit der Waffe teilzunehmen.**"

Ein tabellarischer Lebenslauf der auch Ereignisse beinhaltet, die zur Entscheidung gegen den Kriegsdienst geführt haben (Tod eines nahen Verwandten, ...).

Eine persönliche Gewissensbegründung

Unterschreibe den Antrag eigenhändig, datiere ihn und füge die Gewissensbegründung als Anlage bei.

2. Gewissensbegründung formulieren (etwa 2 A4 Seiten)

In der Begründung erklärst du in eigenen Worten, warum du den Dienst mit der Waffe ablehnst. Hier ein paar mögliche Gründe für einen Gewissenskonflikt:

Töten oder die Anwendung von Waffengewalt sind mit deinem Gewissen nicht vereinbar.

Du hast eine pazifistische, religiöse, humanistische Haltung, die dem Militärdienst widerspricht.

Du lehnt Gewalt als Mittel der Konfliktlösung grundsätzlich ab.

3. Einreichen

Versende den Antrag per Einschreiben oder persönlich mit Eingangsbestätigung an das zuständige Karrierecenter der Bundeswehr.

Das Rote Tagblatt hat Ihnen gefallen? Sie möchten keine Ausgabe verpassen? Schicken Sie eine Mail an info@dkp-darmstadt.de mit dem Betreff "Abo rotes Tagblatt". Sie erhalten das Rote Tagblatt dann als pdf - Datei per Mail.

Wer das Rote Tagblatt als Druckausgabe haben möchte, gibt bitte die Postadresse an. Wer keinen Mailzugang hat, kann das Rote Tagblatt auch mit einem Brief abonnieren.

Einfach an
DKP - Darmstadt
LinksTreff Georg Fröba
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt
schreiben.

Über eine Spende würden wir uns sehr freuen!

Bewahre Kopien aller Unterlagen auf. Sobald dein Antrag eingegangen ist, darfst du in Friedenszeiten nicht einberufen werden, bis über den Antrag entschieden wurde.

4. Schreibe selbst. Verwende keine Textvorlagen oder von KI-generierten Texte.

Wenn deine Begründung als nicht persönlich oder als automatisch erstellt erkannt wird, kann das als Gegenargument gegen die Echtheit deiner Gewissensentscheidung verwendet werden.

NEIN ZUR WEHRPFLICHT!






DKP
Beratung zur
Kriegsdienst-
verweigerung

kdv@dkp-darmstadt.de

Verteidigt das sozialistische Kuba!

Erklärung der Deutschen Kommunistischen Partei



(Bild: Junge Welt)

Angesichts der massiven Angriffe und Drohungen durch den US-Imperialismus ist die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) unverbrüchlich solidarisch mit dem Volk und der Regierung Kubas.

Schon die Entführung des venezolanischen Präsidenten Maduro und seiner Frau durch das US-Militär war eine deutliche Drohung gegen das sozialistische Kuba. Diese Drohung wird nun vom US-Imperialismus in die Tat umgesetzt. Die US-Regierung hat angekündigt, eine vollständige Blockade durchzusetzen, um die Lieferung von Treibstoff nach Kuba zu verhindern. In einem Dekret ermächtigen die USA sich selbst, auf Waren aus allen Ländern, die direkt oder indirekt an Öllieferungen nach Kuba beteiligt sind, Strafzölle zu erheben. Auch eine Seeblockade wird geplant. Der US-Präsident Donald Trump begründet dies mit einer angeblichen "außergewöhnlichen Bedrohung" der Sicherheit der USA durch Kuba. Die DKP weist diese absurden Vorwürfe deutlich zurück. Die friedliche Zusammenarbeit Kubas mit den BRICS-Partnerländern Russland, China und Iran bedroht niemanden. Die Behauptung, dass Kuba den internationalen Terrorismus unterstütze, ist ohne jede Substanz.

Die DKP stellt fest: Die Bedrohung für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit geht von den USA aus, die Kuba seit mehr als 65 Jahren mit einer Wirtschaftsblockade ersticken wollen. Ebenso lange leistet das kubanische Volk erfolgreich Widerstand gegen den US-Terror und alle Versuche der wirtschaftlichen und politischen

Vernichtung. Die US-Regierung fürchtet diese Widerstandskraft. Sie fürchtet den Sozialismus auf Kuba, der trotz der zahlreichen von der Blockade erzeugten Probleme ein Vorbild für andere Völker ist. Sie fürchtet die praktische internationale Solidarität, die Kuba zum Beispiel durch die Entsendung von medizinischen Brigaden zeigt. Die US-Regierung fürchtet eine Welt, in der die BRICS-Staaten friedlich zusammenarbeiten, als eine Bedrohung für ihre Vorherrschaft.

Die DKP protestiert auch gegen die Untätigkeit der deutschen Bundesregierung angesichts der völkerrechtswidrigen und verbrecherischen US-Blockade gegen Kuba. Anstatt den illegalen Angriffen der USA entgegenzutreten, lässt die Bundesregierung zu, dass die US-Sanktionen auch in Deutschland umgesetzt werden. Das musste die DKP konkret erfahren, als die GLS-Bank ohne Begründung die Konten des Parteivorstands gekündigt hat. Zuvor hatte die Bank Informationen zu Spenden-sammlungen der DKP für Kuba eingeholt.

Die DKP ruft zur Solidarität mit dem sozialistischen Kuba auf. Sie wird ihre eigene Unterstützung für Kuba fortsetzen und verstärken - politisch und praktisch. Dazu gehört die Unterstützung der Arbeit der Kommunistischen Partei Kubas, für die die DKP bis zum 1. Mai 25.000 Euro sammeln wird.

Spendenkonto:

DKP-Parteivorstand
Sparkasse Essen
BIC SPESDE3EXXX
IBAN DE21 3605 0105 0003 6306 13

UZ-Friedenstag Berlin 2026

Franz-Mehring-Platz 1

28. - 30. AUGUST 2026

EINTRITT FREI!

Das Fest des Friedens und der Solidarität Gemeinsam kämpfen – gemeinsam feiern!

Live-Bands | Lesungen & Vorträge | Diskussionen & Workshops | Infostände
Internationale Gäste
SDAJ-Jugendbereich
Essen & kühle Getränke
Kinderbereich und mehr...

28. - 30.
AUGUST
2026

SAVE
THE
DATE!

friedenstage.dkp.de

Krise - Krieg - Preise - MIGRATION

Wie das Thema "Migration" alle anderen Fragen überdeckt.

Wirtschaftskrise
Wohnungsnot
Arbeitslosigkeit
Krieg
Migration

In der Bundesrepublik fehlen bezahlbare Wohnungen. Die Flüchtlinge/Migranten brauchen Wohnungen. Das verschärft den Druck auf den Wohnungsmarkt.

In der Bundesrepublik fehlen Arbeitsplätze, von denen die Arbeitenden leben können. Die Flüchtlinge/Migranten brauchen solche Arbeitsplätze. Das erhöht den Druck auf den Arbeitsmarkt und drückt die Löhne.

In der Bundesrepublik fehlt das Geld in den Renten- und Sozialkassen. Die Hilfen für Flüchtlinge/Migranten belasten unsere Sozialsysteme und das Geld reicht nicht für auskömmliche Renten und Sozialsicherung.

In der Bundesrepublik steigen die Preise für Güter des täglichen Bedarfs, wie Lebensmittel, Energie und Wohnraum. Auch Flüchtlinge/Migranten brauchen diese Güter und erhöhen so die Nachfrage und den Preis dieser Güter.

In der Bundesrepublik verfallen Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Bahnhöfe, Autobahnen und Züge.

In der Bundesrepublik gibt es viele Menschen, die auf all das angewiesen sind, weil sie nicht von den Erträgen / Dividenden ihrer Aktien leben, sondern vom Verkauf ihrer Arbeitskraft - von ihrer Arbeit also - falls sie noch einen Arbeitsplatz haben.

Natürlich stehen Alle, die auf günstige Wohnungen, auskömmliche Renten und Sozialhilfe, auf funktionierende Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, den öffentlichen Nahverkehr und bezahlbare Lebensmittel angewiesen sind, in Konkurrenz zueinander um die immer weniger und teurer werdenden Angebote.

In der Bundesrepublik gibt es große Konzerne, die die Güter des täglichen Bedarfs verkaufen. Wohnungskonzerne, Lebensmittelkonzerne, Pharma- und Chemiekonzerne, Energiekonzerne, Kran-

kenhauskonzerne, private Bildungskonzerne, Transport- und Logistikkonzerne.

Produziert werden die Güter, die diese Konzerne verkaufen, von den Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben. Die Konzerne gehören einigen wenigen Familien. Das Managermagazin zählte 2025 etwa 50 Familien, die zusammen über ein Vermögen von mehr als 580 Milliarden Euro besitzen. In dieser Aufstellung fehlen allerdings die Familien, die ihre Nennung per Gericht untersagen ließen. So die Familie Boehringer/von Baumbach, deren Vermögen auf mindestens 50 Milliarden Euro geschätzt wird.

Krisen und Kriege lassen die Preise der Waren und Dienstleistungen, die von diesen Konzernen verkauft werden, steigen. Und so steigen auch die Gewinne dieser Familien. Die gigantischen Vermögen dieser deutschen Kapitalisten geben ihnen auch die Möglichkeit, Einfluss auf Politik und Medien zu nehmen.

Diese Familien haben kein Interesse daran, dass sich diejenigen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben und die auf die Güter des täglichen Bedarfs angewiesen sind, zusammen tun und ein ausreichendes Angebot einfordern. Die Kapitalisten nutzen dafür ihren Einfluss auf Politik und Medien. Und so wird uns von den Herrschenden, ihren Politikern und Medien erzählt, dass Flüchtlinge für die Konkurrenz zwischen den Arbeitenden verantwortlich sind. So wollen sie verhindern, dass diese sich zusammentun und etwas an diesen kapitalistischen Verhältnissen ändern.

Unsere Interessen als Arbeitende oder Arbeitslose setzen wir nur gemeinsam mit allen anderen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, durch. Gegen die herrschenden Monopolkapitalisten.

[Bernd Blümmel]

Die verarschen uns!

Die Bundesregierung tut etwas für uns. Nur noch einmal am Tag dürfen jetzt die Erdölkonzerne die Benzinpreise erhöhen. Ich sehe sie schon - die Aktionäre und Manager der Erdölkonzerne - wie sie eine Hunger-Demo vorbereiten, weil sie sich die Mieten für ihre Wohnungen nicht mehr leisten können.

Leute, die verarschen uns! Jetzt kommen die mit Reformen. Da sprechen sie jetzt davon, dass sie das Ehegattensplitting verändern oder abschaffen wollen, weil es dem Frauenbild nicht mehr entsprechen soll.

Leute, da geht es darum, dass sie die Steuern erhöhen wollen! Und warum? Weil die das Geld für die Rüstung brauchen. Und wenn die das Wort Reform in den Mund nehmen, dann muss es uns Angst und Bange werden.

Steuerreform: Sie diskutieren über Mehrwertsteuererhöhung. Was ist das? Das trifft nur die kleinen Leute, die Unternehmer zahlen keine Mehrwertsteuer. Das trifft nur uns und wir finanzieren damit die Waffenlieferungen in die Ukraine. Wir finanzieren die Hochrüstung, wir finanzieren die Kriege und wir sollen dann noch in den Schützengräben krepieren.

Damit muss Schluss sein! Wir müssen uns wehren!



Materialismus



"Idealismus" und "Materialismus" - das klingt erstmal nach staubigen Vorlesungen oder dicken Büchern, die niemand mehr liest. Aber tatsächlich begegnen uns diese beiden Grundhaltungen jeden Tag. Und die Entscheidung, welche davon wir annehmen, hat große Auswirkungen - auf unser Leben, auf unser Denken und auf die Frage, wie wir die Welt verändern können.

Zwei Sichtweisen auf die Welt

Stell dir vor, du willst ein neues Fahrrad. Ein Idealist würde vielleicht sagen: "Ich muss nur fest genug daran glauben, dann wird es mir schon zufliegen. Das Universum bringt mir das, was ich mir vorstelle." Klingt verlockend, oder? Nur leider bringt das Universum in der Praxis meistens gar nichts - außer vielleicht Enttäuschung.

Ein Materialist dagegen denkt anders. Er oder sie sagt: "Wenn ich ein Fahrrad will, muss ich herausfinden, wie viel es kostet. Dann muss ich gucken, ob ich das Geld zusammenkriege, vielleicht mehr arbeiten gehen oder mein altes Zeug verkaufen. Und dann gehe ich in den Laden und kaufe es." Nüchtern, praktisch - und vor allem: Es funktioniert.

Genau darum geht es beim philosophischen Materialismus: Er geht davon aus, dass die Welt unabhängig von unserem Bewusstsein existiert. Dass unsere Gedanken, Wünsche und Ideen nicht einfach die Wirklichkeit verändern. Sondern dass wir die Wirklichkeit verstehen, anfassen und gestalten müssen - mit unseren Händen, mit Arbeit, mit konkreten Mitteln.

Der Idealismus dagegen, so wie ihn Marx und Engels kritisierten, stellt das Bewusstsein, die Idee, den "Geist" an den Anfang. In seiner extremen Form sagt er:

Die Welt ist letztlich ein Produkt des Geistes. Was wir denken, bestimmt, was ist.

Warum das politisch wichtig ist

Das klingt vielleicht abstrakt, aber es hat handfeste Folgen. Wer idealistisch denkt, neigt dazu, Probleme im Kopf zu lösen. Wenn die Welt ungerecht ist, muss man sich nur anders besinnen, die richtigen Gedanken haben, sich moralisch läutern. Dann wird schon alles gut.

Der materialistische Ansatz dagegen fragt: Was sind die wirklichen, handfesten Ursachen der Ungerechtigkeit? Wer besitzt die Fabriken, den Boden, die Macht? Wie funktioniert Ausbeutung? Und vor allem: Was muss man tun, um sie zu überwinden?

Für uns als Kommunistinnen und Kommunisten ist der Materialismus deshalb keine bloße Theorie. Er ist unser Werkzeug. Er sagt uns, dass es nicht reicht, an eine bessere Welt zu glauben. Wir müssen sie machen. Dass sich die Machtfrage nicht durch Appelle oder gute Absichten löst, sondern durch Organisation, durch Klassenkampf, durch das Verändern der materiellen Verhältnisse.

Materialismus im Alltag

Eine materialistische Haltung bedeutet im Alltag:

- Nicht darauf zu warten, dass "die da oben" schon das Richtige tun, sondern zu erkennen, dass sie die Interessen der Reichen vertreten - und daraus die Konsequenz zu ziehen, eigene Organisationsformen zu schaffen.
- Sich nicht mit moralischer Empörung zu begnügen, sondern zu fragen: Wie kann ich mit anderen zusammen die Machtverhältnisse angreifen?

- Realistisch zu bleiben: Veränderung kommt nicht durch die richtige Einstellung, sondern durch den richtigen Druck an der richtigen Stelle.
- Die Medien nicht als neutrale Instanz zu nehmen, sondern zu fragen, wessen Interessen sie vertreten. Ob "Bild" oder "Tagesschau" - sie vermitteln tagtäglich die Sichtweise derer, die Besitz und Macht haben. Sie stellen Verhältnisse, die gemacht sind, als natürliche Gegebenheiten dar. Wer materialistisch denkt, durchschaut sie als veränderbar.

Das heißt nicht, dass Ideen unwichtig wären. Im Gegenteil: Ohne klare Ziele, ohne Theorie, ohne Vorstellung von einer anderen Gesellschaft kommen wir nicht weit. Aber Ideen allein verändern keine Welt. Sie werden wirksam, wenn sie mit materieller Kraft verbunden werden - mit Organisation, Streiks, Widerstand.

Abschlussgedanke

Friedrich Engels hat den Materialismus einmal ganz einfach beschrieben: "Nicht das Bewusstsein der Menschen bestimmt ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein bestimmt ihr Bewusstsein."

Das heißt: Wo wir leben, wie wir arbeiten, ob wir abhängig beschäftigt sind oder nicht - das prägt, wie wir denken. Und wenn wir das begriffen haben, hören wir auf, nur über die Welt zu reden. Dann fangen wir an, sie zu verändern.

Wer sich für die theoretischen Grundlagen interessiert: Ein guter Einstieg sind Friedrich Engels' "Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie" oder die "Thesen über Feuerbach" von Karl Marx - kurz, konkret und alles andere als trocken.

[T. A.]

mit-mach-zeitung

Die Leserinnen und Leser des Roten Tagblatt sind eingeladen, Leserbrief und Artikelvorschläge an die DKP - Darmstadt zu schicken. Wir werden die Zuschriften und Reaktionen unserer Leserinnen und Leser beim Erstellen der Zeitung berücksichtigen.

Kranichstein nach der Kommunalwahl

Am 15. März fanden auch in unserem Stadtteil Kranichstein Kommunalwahlen statt. Es gab Infostände, Veranstaltungen und sogar eine "Wähl-bar". Viele Kommunalpolitiker/innen waren vor Ort zu sehen.

Spätestens nach dem 15. März werden sich die gleichen Damen und Herren wieder rar machen.

Das Kranichsteiner Wahlergebnis bietet Interpretationsspielraum. Unbestritten ist die Tatsache, dass sich in den letzten Jahren einiges getan hat im Stadtteil. Nicht zuletzt auf Grund des Förderprogramms "Soziale Stadt". Es wurden wichtige Verbesserungen im Wohnraumumfeld umgesetzt und Bedingungen für ehrenamtliches Engagement geschaffen. Kranichstein hat seine Vorzüge und ich wohne selbst gerne hier.

Allerdings kann man nicht die Augen verschließen vor den Problemen, die nun einmal in unserem Stadtteil existieren: Kranichstein ist "Spitze" in Sachen Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit. Die Stadt Darmstadt gibt in unregelmäßigen Abständen den "Darmstädter Sozialatlas" heraus. Darin wird ein "Armutindex" ermittelt. Er setzt sich zusammen aus Arbeitslosigkeit, Kinder- und Altersarmut. Der Index der Altersarmut ist in Kranichstein-Süd, aber auch in Kranichstein-Nord, besonders hoch. Bei Arbeitslosigkeit liegt Kranichstein-Süd auf Platz 2.

Das beste Förderprogramm bleibt leider nur Stückwerk, wenn es nicht gelingt, die Bedingungen der in diesen Bereichen lebenden Menschen nachhaltig zu verbessern. Es ist klar, dass dies nicht nur in Kranichstein selbst zu lösen ist. Arbeitslosigkeit, ungerechte Verteilung, Rassismus und Kriegstreiberei sind Teile des herrschenden Wirtschaftssystems.

Ist die AFD die Lösung?

Wer sich das Kranichsteiner Wahlergebnis im Detail ansieht, wird mehrere Dinge feststellen: Während die Wahlbeteiligung stadtweit bei über 50 Prozent liegt, bewegt sie sich in Kranichstein zwischen 24,1 und 39,3 Prozent. Die AFD erreichte in Gesamt-Kranichstein 16,7 Prozent, in einzelnen Wahlbezirken wurde sie zur stärksten Kraft (Wahlbezirk 440 mit 22,2 Prozent, Wahlbezirk 421 mit 30,6 Prozent). Auch in den eher gutbürgerlichen Bezirken erzielte die AFD überdurchschnittliche Wahlergebnisse. Die Angst vor sozialem Abstieg wird zunehmend bestimmend. Das Bild relativiert sich bei der Betrachtung der Briefwahlergebnisse etwas, der grundlegende Trend bleibt aber.

Sind wir jetzt von Nazis und Faschisten

umgeben? Das wäre zu einfach. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass eine zunehmende Zahl der Menschen mit der aktuellen Politik der etablierten Parteien unzufrieden ist. Es gibt Sorgen und Ängste über die eigenen Perspektiven bis weit in die so genannte "Mittelschicht". Die etablierten Parteien tun ihr bestes dazu dies zu verstärken: Milliarden für Hochrüstung und Krieg, massiver Sozialabbau. Stagnierende Löhne, steigende Steuern und Sozialabgaben, verlängerte Lebensarbeitszeit, Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit, eine marode Gesundheitsversorgung, Bürgergeldbezieher/innen werden die Leistungen bis unter Existenzminimum unter Androhung weiterer Schikanen gekürzt. Den Rentnerinnen und Rentnern wird mit dem Pflichtdienstjahr gedroht. In der Migrationspolitik werden AFD-Vorschläge nahtlos übernommen.

Lösungen hat die AFD aber nicht - im Gegenteil. Ihre Politik richtet sich gegen Erwerbslose und Beschäftigte. Wer glaubt, man müsse nur einen Großteil der Migrantinnen und Migranten rausschmeißen und alle Probleme wären gelöst, hat das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht verstanden.

Ohne Druck läuft nichts.

Der Förderverein Kranichstein und andere Organisationen haben im Vorfeld der Kommunalwahl einen Brief mit Vorschlägen an die kandidierenden Parteien geschickt. Diese sind sinnvoll, gerade die Forderung nach verbesserten Zugängen zu kommunalen Dienststellen (Bürgerbüro - gab es mal und wurde unter einer rot-grünen Stadtregierung geschleift), personelle Absicherung der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Schulsozialarbeit sowie bezahlbarer Wohnraum. Interessant ist auch die Forderung nach einem Stadtteilbudget.

Was wird daraus nach der Wahl erfolgen? Zu hoffen, die neue Stadtregierung würde das ernsthaft prüfen, wäre naiv.

Eine Chance gibt es nur dann, wenn die Betroffenen im Stadtteil, seien es die Mieterinnen und Mieter, Jugendliche, ältere Menschen, Arbeitslose und Bürgergeldbezieher/innen, ihre Forderungen öffentlich formulieren, Druck machen. Notwendig ist auch ein Eintreten gegen Hochrüstung und Militarisierung, für die Milliarden Euro verpulvert werden, die hier im Stadtteil sinnvoller angelegt wären.

Und jene an ihre Verantwortung erinnern, die sie zu Wahlzeiten wie eine Monstranz vor sich hertragen um für weitere Jahre gewählt zu werden. **[Rainer Keil]**

UZ – unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung
6 Wochen gratis probelesen



Druckausgabe und online!

CommPress Verlag GmbH .
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel: 0201 - 17 78 89 - 23 . Fax: - 28 .
E-Mail: info@unsere-zeit.de
www.unsere-zeit.de

Rückmeldungen, Lob & Kritik, aber auch Meinungen und Leserbriefe würden uns sehr freuen.

Schreibt per Mail an:

info@dkp-darmstadt.de

oder per Post an:

DKP-Darmstadt

LinksTreff Georg Fröba

Landgraf-Philipp-Anlage 32

64283 Darmstadt

Wegen der begrenzten Zeichenzahl behalten wir uns vor, Leserbriefe zu kürzen.

Impressum



DKP Darmstadt * Dieburg * Bergstraße

LinksTreff Georg Fröba

Landgraf-Philipp-Anlage 32

64283 Darmstadt

Tel.: +49 6151 788407

Fax: +49 6151 788406

eMail: info@dkp-darmstadt.de

URL: http://www.dkp-darmstadt.de

Spendenkonto:

DKP KREISORGANISATION DARMSTADT
IBAN DE55 5085 0150 0018 0093 40
(BIC HELADEF1DAS)

V.i.S.d.M./P.:

Bernd Blümmel, Limesstraße 10

64625 Bensheim